

metallnachrichten

Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg

Nr. 7 – 2. Februar 2004

Druck wächst: Beschäftigte empört über das „Geiz-ist-geil“-Angebot von 1,2 Prozent

Bereits 42 000 an Warnstreiks beteiligt!

Bereits 42 000 Beschäftigte haben sich in Baden-Württemberg bis zum Freitag, 30. Januar, 16 Uhr, an Warnstreiks beteiligt. Die gute Beteiligung zeigt das Ausmaß der Empörung über das bisherige „Geiz-ist-geil“-Angebot der Arbeitgeber von 1,2 Prozent. Und der Druck aus den Betrieben wird weiter wachsen. Für die Woche ab 2. Februar sind erneut tausende Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, mit Warnstreiks ihren Unmut zu zeigen. Bilder und Berichte von den ersten Warnstreiks auf den folgenden Seiten.



Warnstreik-Auftakt am 29. Januar: Kundgebung mit 4500 Beschäftigten bei DaimlerChrysler in Mannheim

In der vierten Tarifverhandlung am 27. Januar ist es „in den Kernpunkten keinen Millimeter vorwärts gegangen“, sagte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann. Die Arbeitgeber blieben bei ihrem unzumutbaren Angebot von zwei Mal 1,2 Prozent Einkommenserhöhung auf 27 Mona-

te bei gleichzeitiger Forderung nach unbezahlter Arbeitszeitverlängerung. „Unbezahlte Arbeitszeit“, sagte Jörg Hofmann, „ist nicht verhandlungsfähig.“ Das sei eine „arbeitsmarktpolitische Geisterfahrt“. Eine Arbeitszeitverlängerung

auf 40 Wochenstunden würde in der baden-württembergischen Metallindustrie bis zu 96 000 Arbeitsplätze gefährden – das ergab die Arbeitszeit-Umfrage der IG Metall in den Betrieben. Einzelheiten dazu siehe auf den Seiten 2 und 3. Hofmann: „Die Arbeitgeber gefährden damit jeden siebten Arbeitsplatz der Metallindustrie im Land.“

„In vier Verhandlungen während der Friedenspflicht hat Südwestmetall bisher nur Barrieren aufgebaut“, sagte Hofmann: „Damit haben sie die Reaktionen in den Betrie-

ben selbst zu verantworten.“ Die Beschäftigten sind zur Recht sauer: Sie sollen umsonst länger arbeiten und dafür auch noch Reallohnverluste hinnehmen. Die nächste Tarifverhandlung ist am 5. Februar – die Warnstreiks werden fortgesetzt!

**40-Stunden-Woche gefährdet
bis zu 96 000 Stellen
in Baden-Württemberg!**

Ergebnisse der Arbeitszeit-Umfrage Seiten 2 und 3

**Warnstreiks
sind unser
gutes Recht!**

Aktuelle Infos über
Warnstreiks täglich unter
www.bw.igm.de

Regionale Ergebnisse der Arbeitszeit-Umfrage

„Sprengstoff in den Betrieben“

Im ganzen Land beteiligten sich Beschäftigte an der Arbeitszeit-Umfrage der IG Metall. Die regionalen Ergebnisse zeigen ganz genau, welche Folgen eine unbezahlte Arbeitszeitverlängerung vor Ort in der Region und im Betrieb hätte. Einige Beispiele aus dem Land:

Die IG Metall in **Stuttgart** hat errechnet, dass eine 40-Stunden-Woche in elf Betrieben auf einen Schlag über 12 500 Arbeitsplätze vernichten würde. Bei DaimlerChrysler in Sindelfingen wären alleine 5500 Stellen in Gefahr. In Untertürkheim und der Daimler-Zentrale würden 4200 wegfallen, bei Bosch wären es über 1400.

„Die IG Metall wird über ihre Tarifverträge nicht einem Arbeitsplatzabbau durch die Unternehmen zustimmen“, so sagte **Schwäbisch Halls** Bevollmächtigte Heidi Scharf und nannte ein Beispiel: Der Kostendruck der Auto-Indu-



Warnstreik-Auftakt im Fackelschein: Nachtschicht von DaimlerChrysler in Sindelfingen legte die Arbeit gleich nach Mitternacht am 29. Januar nieder

strie auf die Zulieferer ist jetzt schon enorm hoch. Wenn nun eine Arbeitszeitverlängerung ohne Bezahlung möglich würde, wäre die Automobilindustrie die erste, die wegen dieser neuen kostenlosen Arbeitszeiten weitere Preisreduzierungen von den Zulieferern verlangen würde. So würden zum Beispiel bei Getrag in Neuenstein bei einer Verlängerung auf die 40-Stunden-Woche 144 Beschäftigte und bei Textron Sükosim in Schrozberg 38 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die Verwaltungsstelle **Neckarsulm** befragte in 25 Betrieben rund 23 500 Beschäftigte. Eine um 5 Stun-

den verlängerte Arbeitszeit würde den Verlust von rund 2900 Stellen in diesen 25 Betrieben bedeuten. Bei Audi alleine wären es fast 1600, bei Lämpfle und Kolbenschmidt jeweils fast 200.

Heftige Auswirkungen hätte die Arbeitszeitverlängerung auf Betriebe, wo der Beschäftigungssicherungstarifvertrag angewendet wird. Beispiel Amphenol-Tuchel Heilbronn: Dort wurde die Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden gesenkt, um die Stellen zu halten. Bezogen auf die 35-Stunden-Woche bedeutet das eine Entgeltminderung von 14,3 Prozent. Bei einer 40-Stunden-Woche wären es 25 Prozent weniger Entgelt!

Auch in **Freiburg** wären über 1000 Arbeitsplätze in Gefahr, wie die Umfrage der IG Metall in 25 Betrieben ergeben hat. „Die Forderung nach einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit ohne Entgeltausgleich sorgt in den Betrieben für reichlich Sprengstoff“, sagte Freiburgs Bevollmächtigter Hermann Spieß.



„Unbezahlte Arbeit ist Diebstahl!“, Demonstration in Böblingen am 27. Januar

Klarstellung: Arbeitslose und Arbeitssuchende

Das Landesarbeitsamt veröffentlicht in seiner Arbeitslosenstatistik zwei verschiedene Zahlen von Arbeitssuchenden – nämlich die Zahl der Arbeitssuchenden insgesamt und die Zahl der arbeitslosen Menschen, die vom Arbeitsamt Leistungen beziehen. So wurden für Ende 2004 rund 462 000 Arbeitssuchende gemeldet. Darin sind die 338 000 zur gleichen Zeit gemeldeten Arbeitslosen enthalten. Korrekterweise hätte es in den Metallnachrichten Nr. 6 vom 26. Januar 2004 auf Seite 2 also heißen müssen: „338 000 Arbeitslose in Baden-Württemberg!“ Dass aber sogar 462 000 Menschen offiziell auf Arbeitssuche sind, macht die Sache ja nur noch schlimmer.

Wir lassen uns nicht vom Platz stellen!



Bezirk
Baden-Württemberg



Die Vorschläge der Arbeitgeber bedrohen 96.000 Arbeitsplätze*

Bis zu 5 Wochenstunden unbezahlte Mehrarbeit fordern die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie in der laufenden Tarifrunde. Die Arbeitgeber locken: So blieben Jobs und Einkommen gesichert.

Tatsache ist: Die so mehr geleistete Arbeitszeit **vernichtet oder verhindert viele Arbeitsplätze**. Nach einer Umfrage der IG Metall ergibt sich: Die geforderte Mehrarbeit würde bis zu 96.000 Arbeitsplätze bedrohen, wenn landesweit in der Metall- und Elektroindustrie alle Beschäftigten mit bisher 35 Wochenstunden nun 40 Stunden arbeiten würden.

338.000 Menschen waren im Dezember '03 in Baden-Württemberg **ohne Arbeit**, darunter über 90.000 Langzeitarbeitslose, 83.000 der Betroffenen sind 50 Jahre oder älter, 40.000 unter 25 Jahre alt. Diese Zahlen umreißen Schicksale, denen die Arbeitgeber-Wünsche auf dramatische Weise zynisch gegenüber stehen.

* mehr Infos im Internet: www.bw.igm.de



Anzeige der IG Metall in baden-württembergischen Tageszeitungen

Ergebnisse der Arbeitszeit-Umfrage

Bei einer 40-Stunden-Woche wären bis zu 96 000 Stellen weg!

Die Metallindustrie in Baden-Württemberg beschäftigt derzeit rund 800 000 Menschen. Würde die Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden verlängert werden, dann wären bis zu 96 000 Stellen gefährdet. Und es wären nur noch gut 700 000 Arbeitsplätze übrig. Diese Bilanz ergibt sich aus der Arbeitszeit-Umfrage der IG Metall in den Betrieben des Landes.

An der Umfrage haben sich bisher 19 Verwaltungsstellen vom Bodensee bis zum Rhein-Neckar-Raum beteiligt. Erfasst wurden 307 Betriebe mit insgesamt fast 292 000 Beschäftigten. Mit dabei sind sowohl die Großbetriebe wie DaimlerChrysler oder die Heidelberger Druck als auch zahlreiche mittelständische Unternehmen. Bezogen auf diese Betriebe würde eine Rückkehr zur 40-

Stunden-Woche etwa 35 000 Arbeitsplätze kosten. Rechnet man dieses Ergebnis auf die Gesamtbeschäftigtenzahl von 800 000 um, wären dies bis zu 96 000 Beschäftigte weniger.

"Das wäre eine arbeitsmarktpolitische Geisterfahrt", sagte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann. Die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg würde sich ganz beträchtlich erhöhen: Rund 338 000 Menschen waren Ende Dezember 2003 in Baden-Württemberg arbeitslos gemeldet. Insgesamt waren etwa 462 000 als Arbeitssuchende registriert. Den Arbeitssuchenden standen gerade mal 35 000 offene Stellen gegenüber. „Die IG Metall wird sich von den Arbeitgebern nicht zum Handlanger für die Zerstörung von Arbeitsplätzen und Existenzen machen lassen“, sagte Jörg Hofmann.

Arbeitslose zu Arbeitszeitverlängerungen: „Fassungslos“

Christa Cheval-Saur, Mitarbeiterin des Stuttgarter Arbeitslosenzentrums SALZ, zum Thema Arbeitszeitverlängerung:

Frage: Die Metallarbeitgeber fordern längere Arbeitszeiten. Wie sehen das die Arbeitslosen?

Christa Cheval-Saur: Eine Senkung der Arbeitskosten in den Betrieben haben die meisten Arbeitslosen schon an sich selber erlebt, als sie wegrationalisiert und entlassen wurden. Eine Forderung nach Arbeitszeitverlängerung macht nach solchen Erfahrungen eher fassungslos, weil die eigene Chance, zurück auf den Arbeitsmarkt zu kommen, schwindet. Ohnehin ist zurzeit der Frust über unzählige erfolglose Bewerbungsschreiben und wenige, ebenso erfolglose Vorstellungsgespräche groß.

Frage: Was wäre aktive Beschäftigungspolitik aus eurer Sicht?

Christa Cheval-Saur: Sicherlich nicht solche Maßnahmen, die derzeit die Arbeitsmarktpolitik verordnet. Die Ausgaben für Fort- und Weiterbildung werden zusammengestrichen, während auf Ich-AG, Personalservice-Agentur und Minijobs gesetzt wird. Erwerbslose wollen reguläre Arbeitsplätze, die so entlohnt werden, dass sie ihr Leben gestalten können. Erwerbslosen bleibt häufig keine andere Wahl, als zu Niedriglöhnen und langen Arbeitszeiten zu arbeiten. Der Druck wird zunehmen, wenn jede Arbeit zumutbar wird. Eine Verteidigung der 35-Stunden-Woche ist deshalb auch wichtig für die Diskussion um Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft. Es nützt den Erwerbslosen, wenn Schranken gegen Arbeit um jeden Preis und zu jeglichen Bedingungen gesetzt werden.



ZF in Friedrichshafen: Empörung über „Lohnraub und Verdummung von Metallerrinnen und Metallern“

Warnstreik-Aktionen im Land am 29. und 30. Januar:

„Stimmung vor den Toren gut“

Bis zum Redaktionschluss dieser Metallnachrichten am 30. Januar, 16 Uhr, haben an den ersten beiden Tagen bereits 42 000 Metallerrinnen und Metaller an Warnstreiks teilgenommen. Einige Berichte:

Am 29. Januar waren es insgesamt etwas mehr als 10 000 Beschäftigte, so bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen, Stuttgart und Mannheim, bei ZF Friedrichshafen, bei Iveco in Ulm, Mann+Hummel Ludwigsburg sowie bei Bellmer Pforzheim.

Um 0:05 Uhr pünktlich zum Ende der Friedenspflicht befolgten nahezu alle Beschäftigte der Nachtschicht bei DaimlerChrysler und EvoBus in Mannheim den Warnstreikaufruf. Der Betriebsratsvorsitzende Joachim Horner verurteilte in scharfer Form die Arbeitgeberforderung nach längerer, unbezahlter Arbeitszeit: „Arbeitszeitverlängerung vernichtet Arbeitsplätze und bringt noch mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit.“

Die Schwerpunkte am 30. Januar lagen in Reutlingen (Bosch und Automotiv Lighting); in Stuttgart bei Daimler Untertürkheim, Behr und Werner & Pfleiderer sowie bei Audi in Neckarsulm. „Die Stimmung vor den Toren ist gut“, sagte Neckarsulms Bevollmächtigter Rudolf Luz: „Die Beschäftigten stehen



Job-Killer-Formel: Warnstreik bei Siemens in Bruchsal am 30. Januar

hinter den Forderungen der IG Metall.“

In Friedrichshafen wurde bei Georg Fischer, Zeppelin Silo, Hawera Probst, Voith Paper, Zollern Maschinenbau und Waldner protestiert; in Ludwigsburg bei Getrag und Valeo.

Auch Beschäftigte aus mittelständischen Betrieben haben sich an Aktionen beteiligt. So in der Verwaltungsstelle Freudensstadt von L'Orange, Ceratizit und Leuco; in Esslingen von AFL Striebel und in Waiblingen von ContiTech Kühner.

Redakteure streiken Wehren wir uns gemeinsam!

Die streikenden Redakteure schicken den Metallerrinnen und Metallern eine Solidaritätsadresse:

Die Zeitungsredakteure in Mannheim, Ulm, Göppingen, Heidenheim, Giengen, Tauberbischofsheim, Wertheim und Gaildorf streiken und weitere werden in den nächsten Tagen folgen. Die Zeitungsverleger wollen den Kahlschlag des Berufsbildes der Journalisten und gleichzeitig wollen sie die Tarifverträge beim Urlaub, Urlaubsgeld und beim Gehalt nachhaltig verschlechtern. Das heißt über 10.000 Euro weniger im Jahr für jeden Redakteur. Die Arbeitgeber wollen auch bei uns die Arbeitszeit von 36,5 Stunden auf 40 Stunden erhöhen und darüber hinaus betriebliche Öffnungsklauseln, mit denen sie ohne die Gewerkschaft und Nachweis wirtschaftlicher Not mit dem Betriebsrat die Tarife weiter reduzieren können.

Mit uns nicht! Wir streiken! Wir streiken und grüßen euch, die ihr es auch diesen Hundts, Rogowskis und Kannegiessern der Welt zeigt:

Keine Minute und keinen Cent mehr für den Profit der Unternehmer! Uns greifen schon genug Leute in den Geldbeute! Deshalb: Wehren wir uns gemeinsam!

Herzliche Grüße von den streikenden Redakteurs-Kolleginnen und Kollegen und der ver.di-Landesstreikleitung



Iveco Ulm: 1300 Beschäftigte legten die Arbeit nieder